

**Bezugspreis:**  
Wochenschrift 36.— M., monatlich 12.— M.  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Monatlich 12.— M., einjährig  
120.— M., einschließlich Postgebühren.  
Unter Kreuzband für  
Deutschland, Ungarn, das Saar-  
und Rheingebiet, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Oesterreich,  
Ungarn und Luxemburg 22.— M. für  
das übrige Ausland 24.— M. Post-  
bestellungen nehmen an Oesterreich,  
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Böhmen,  
Mähren, Galizien, Rumänien, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Volk und Welt“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Siedlung und Reisegarten“  
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags  
und Montags einmal.

Telegraphische Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die jährigpaarweise Kompatibilität  
kostet 7.— M. „Kleine Anzeigen“  
das halbjährige 4.— M. (10-  
15) bis zwei halbjährige 6.— M. jedes  
weitere Wort 150 M. Die Anzeigen  
und Schlußzeilen kosten das erste  
Wort 150 M., jedes weitere Wort  
1.— M. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Familien-  
anzeigen für Abonnenten Seite 4.— M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leistung und Post.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Öffnen  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Redaktion Moriaplan 15195-97  
Expedition Moriaplan 11753-51

Dienstag, den 15. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Moriaplan 11753-51

## Berliner Gewerkschaften und Deutsche Werke.

Die Mitglieder des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission und Vertreter verschiedener Verbände haben am Montag die Deutschen Werke besichtigt, um sich ein Urteil zu bilden über die Berechtigung der Forderungen der Entente. Die Vertreter der Berliner Arbeiterkammer, kamen zu der Überzeugung, daß die Fabrikation in den Deutschen Werken ganz auf den Frieden eingestellt ist. Mit der Fabrikation von Sport- und Jagdwaffen sind alles in allem 900 Personen beschäftigt. Die Maschinen, die z. B. der Herstellung von Gewehrläufen dienen, sind so umgebaut worden, daß sie nie mehr Kriegswaffen herstellen können. Dasselbe gilt von den großen Bohr- und Drehbänken, auf denen während des Krieges Torpedo- und Kanonenrohre gefertigt wurden.

Durch die Stilllegung dieser Maschinen ist den Deutschen Werken schon erheblicher Schaden erwachsen. So konnte das Werk vor einiger Zeit einen großen Auftrag von Schiffswellen herabkommen, weil es einen Martin-Ofen hat, aber der Auftrag konnte nicht ausgeführt werden, weil die großen Drehbänke nicht benutzt werden dürfen. Die Folge davon ist natürlich, daß die Privatindustrie diesen Auftrag ausführen wird. Ebenso unverständlich ist das Verbot, das ganz unmoderne Werkzeug dem Stand der Technik anzupassen. Dadurch wird verhindert, daß die Produktivität des Werkes enorm gesteigert wird, ohne daß dadurch der Frieden bedroht würde. Auch in den anderen Teilen des Werkes, wo z. B. ganz vorzügliche Motorräder und Bürenumöbel hergestellt werden, ist an eine Fabrikation von Kriegswaffen überhaupt nicht zu denken.

Es ist bei den Vertretern der Arbeiter bei der Besichtigung die Vermutung aufgetaucht, daß hinter den Forderungen der Entente die Privatindustrie — und nicht nur die ausländische — steht, weil es ihr nicht unerwünscht sein dürfte, einen großen Konkurrenz weniger zu haben.

Vielleicht spricht bei der Absicht, die Deutschen Werke zu vernichten, auch der Gedanke mit, daß bei ihrem Weiterbestehen eine Arbeiterkammer in ihnen zusammengelassen wird, die auf die Herstellung von Kriegswerkzeugen gewissermaßen trainiert ist und also mit ihrer Hilfe eine Umstellung sehr leicht möglich sein könnte. Demgegenüber aber ist zu bemerken, daß, wenn diese Absicht, eine solche fachtechnisch gebildete Arbeitermasse zusammenzuhalten, wirklich bestände, es ganz gleich ist, ob sie in den Deutschen Werken zu Spandau, bei der AEG, oder in sonstigen großen Betrieben ar-

beitete. Sie würde immer gleich schnell wieder zusammensetzen sein.

Die Vertretung der Gewerkschaften ist zu der Überzeugung gekommen, daß im Falle einer Mobilmachung mindestens vier Monate vergehen würden, ehe in Spandau an die Fabrikation irgendwelcher Kriegswaffen gegangen werden kann. Die Privatindustrie dürfte viel eher in der Lage sein, Waffen für den Kriegszustand herzustellen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission wird am Donnerstag zu dem Anschlag auf die Deutschen Werke Stellung nehmen.

### Widerstand gegen Ententekontrolle.

Dresden, 15. November. (WZ.) Das Presseamt des Polizeipräsidenten teilt folgendes mit: In einer Fabrik in der Nähe Dresdens (Kochstroh u. Schneider, Heidenau, Red.) wollte die Interalliierte Kommission in Dresden Nachforschungen nach angeblich versteckt gehaltenem Material, das auszuliefern bzw. zu vernichten ist, anstellen. Dabei ist es zu Differenzen zwischen ihr und der Fabrikleitung gekommen. Diese lehnte es ab, der Kommission den Zutritt zu dem Grundstück zu gestatten, besonders weil die Öffnung einer Mauer verlangt wurde, hinter der dergleichen Material vermutet wurde. Da auch der Betriebsrat sich auf den Standpunkt der Betriebsleitung stellte, machten sich Verhandlungen nötig, um die Zuspitzung des Konflikts und die damit verbundenen Weiterungen zu vermeiden. Es ist zu hoffen, daß diese Verhandlungen, die am Montag geführt wurden, schon heute zu einem für alle Teile befriedigenden Ergebnis führen und die bestehenden Schwierigkeiten beseitigt werden.

Das Reichswehrministerium hat die Truppenteile nochmals angewiesen, den Ententekontrolloffizieren bei ihren Besichtigungen keinerlei Schwierigkeiten zu machen und ihnen erforderlichenfalls im Beisein der Kommandeure auch Einblick in die Bücher und Listen zu gestatten, wenn sie sich dadurch Erleichterungen für die Durchführung der Kontrolle versprechen, da nur auf diese Weise der Tätigkeit der Kontrollkommission im Reichsheere bald ein Ziel gesetzt werden könne. Das Reichswehrministerium macht aber nochmals darauf aufmerksam, daß Kontrollen von Ententekontrolloffizieren nur in Gegenwart deutscher Begleitoffiziere stattfinden dürfen.

## Sieg der Geheimdiplomatie in Washington.

Washington, 15. November. (Neuer.) Auf einer Konferenz der Vorsitzenden der Delegationen der fünf Großmächte wurde heute beschlossen, daß die Frage der Abrüstungseinschränkung von einer Kommission erörtert werden soll, die sich aus allen Hauptdelegierten der fünf Großmächte zusammensetzt. Auch die Erörterung der Frage des ferneren Ostens wurde an eine Kommission verwiesen, die aus allen Hauptdelegierten der neuen, auf der Konferenz vertretenen Mächte besteht. Es wurde auch die Schaffung von unterauschüssen genehmigt, die sich später als notwendig erweisen sollten. Außerdem wurde beschlossen, daß jede Nation, die den Wunsch dazu hat, eine Gelegenheit erhält, ihre Ansichten über die amerikanischen Vorschläge betreffend Abrüstung auf der morgigen Eröffnungssitzung der Vollversammlung zum Ausdruck zu bringen.

Die Verwerfung der wichtigen Fragen auf der Konferenz an eine besondere Kommission, bezweckt die Erörterung dieser Fragen hinter geschlossenen Türen, statt auf den öffentlichen Sitzungen der Konferenz.

Briland und Schanzer sind übereingekommen, daß Frankreich und Italien bei allen Fragen, die sich auf der Konferenz ergeben, gemeinsam handeln würden und zwar nicht nur in der Abrüstungsfrage, sondern auch bei den Fragen, die in Zusammenhang mit den Erörterungen über den Stillen Ozean und den fernen Osten entstehen könnten. Das Übereinkommen zwischen Briland und Schanzer, das als „vollkommen“ bezeichnet wird, wurde nach einstündiger Beratung zwischen den französischen und italienischen Delegierten erzielt. In gut unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß dieses Übereinkommen zur Verwirklichung der Zwecke sehr viel beitragen wird, die Präsident Harding vorschweben, als er den Plan zur Einberufung der Abrüstungskonferenz sah.

### Festlegung des Programms.

Washington, 14. November. (WZ.) Die Führer der Delegationen der fünf Großmächte, Hughes, Balfour, Briland, Admiral Kato und Schanzer, sind heute vormittag zusammengetreten, um das Programm der Abrüstungskonferenz und das während dieser Konferenz zu verfolgende Verfahren zu besprechen.

Am Nachmittag hielten die Vertreter der fünf Großmächte mit den belgischen, chinesischen, niederländischen und portugiesischen Vertretern eine Besprechung über das Programm der Konferenz betreffend den fernen Osten ab. Sobald das Programm für die Arbeiten der Konferenz endgültig festgestellt ist, wird es veröffentlicht werden.

Ueber die englischen Gegenvorschläge in der Abrüstungsfrage meldet Reuters, daß England vor allem eine Einschränkung der Unterseeboottonnage fordern werde. Weiter werde man gegen die zehnjährige Schiffsbau-pause Front machen, da sie zu einer langfristigen Schließung und damit einer Unbrauchbarmachung der Werften führen müßte. England sei außerdem genötigt, eine größere Anzahl von leichten Kreuzern zu behalten, um die Meerespolizei ausüben zu können.

Von Japan wird vorausgesetzt, daß es der vorgeschlagenen Herabsetzung der eigenen Flotte zwar zustimmen werde, wenn der Stand der englischen und amerikanischen Flotte auf einen Umfang zurückgeführt werde, der dem verringerten Stand der japanischen Flotte entspricht. Es werde außerdem von Amerika Schleifung der Befestigungen im Stillen Ozean verlangt.

Nach einer Havas-Meldung aus Washington hatte Hughes gestern eine lange Konferenz mit Briland und dem französischen Botschafter Jufferand über die Lage Frankreichs gegenüber Deutschland, über die französische Heeresstärke und den Betrag, den Deutschland schulde.

### Das Problem des fernen Ostens.

Washington, 14. November. (WZ.) Staatssekretär Hughes, der gestern eine lange Konferenz mit Briland und Jufferand über die Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland, über die französischen militärischen Einrichtungen und die Reparationen hatte, bereit heute lange mit den italienischen Bevollmächtigten Schanzer und Albertini und hat sie, sowohl an der Erörterung der Abrüstungsfrage als auch an der Frage des fernen Ostens einen tüchtigen Anteil zu nehmen.

Einer Mitteilung Wellington Roos zufolge wird die chinesische Delegation der Washingtoner Konferenz Vorschläge für eine Regelung der Probleme des Ostens unterbreiten, die auf folgenden allgemeinen Grundsätzen ruhen: Von der Rehabilitierung Chinas hängt der Friede des fernen Ostens ab. China muß in die Lage gesetzt werden, seine eigene wirtschaftliche Wiederherstellung durch die Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen des Landes zu vollbringen. Auch die territoriale Integrität Chinas muß gewährleistet werden und weitere Eingriffe durch ausländische Konzeptionen müssen aufgehoben werden. China muß absolute politische Unabhängigkeit haben und muß von jeder Einwirkung von außen verschont bleiben.

Der allgemeine Zustand in Rom ist beendet. Alle Arbeiter wurden wieder aufgenommen, Straßenbahnen und Eisenbahnen sind wieder in Betrieb. Auch die Zeitungen sind wieder erschienen. Die Stadt hat ihr gewohntes Aussehen angenommen.

## Minister Boelzig.

Von Fritz Rajen.

Die große Koalition von der Sozialdemokratie bis zur Volkspartei ist eine Tatsache, mit der man sich einfach abfinden muß. Es gibt wohl kein Mitglied der Landtagsfraktion, das sie leichtem Herzens geschlossen hat. Sicher war es für alle ein schweres Opfer, das sie im Gefühl der Verantwortung gegen den Staat bringen zu müssen glaubten, selbst auf die Gefahr hin, von vielen Genossen nicht verstanden und der Kompromißsucht geziehen zu werden. Man wird es sich abgewöhnen müssen, in der Beurteilung solcher Dinge sich lediglich von Gefühlen leiten zu lassen; man wird vielmehr die Frage stellen müssen, ob eine solche Verbindung geeignet ist, die furchtbar schwere Stellung unseres Staatswesens zu erleichtern.

Man wird dies alles würdigen und wird doch bedauern müssen, daß gerade das Kultusministerium die Stätte eines immerhin gewagten Experiments sein soll. Denn schließlich ist ihm ja die außerordentlich wichtige Aufgabe anvertraut, das geistige Leben der Jugend, von der die Zukunft Deutschlands abhängen wird, zu pflegen und zu entwickeln. Man sage nicht, daß die Person des Ministers für die Einstellung des Ministeriums nicht eben wesentlich sei. Ist er ein Mann, der weiß was er will, so kann er zwar nicht vollständig, aber doch in einem recht erheblichen Maße alle erforderlichen Maßnahmen nach seiner Richtung beeinflussen oder auch verhindern, daß überhaupt Neues geschaffen wird. Es war schon ein bedeutender Unterschied, ob Konrad Haenisch im Kultusministerium saß, dessen grundsätzliche Stellung zu allen auftauchenden Problemen durch seine Partei einseitig festgelegt war, oder ob der kluge Herr Dr. Becker dort regierte, dessen Fehler eben darin bestand, daß man niemals von vornherein wußte, wie er sich entscheiden müßte und ob er sich entscheiden würde. Er hatte eben noch Zeit, im Hauptauschuß der Landesversammlung ein „persönliches“ Reformprogramm zu entwickeln, das besonders die Neuordnung der Lehrerbildung betraf. Wir Sozialdemokraten können mit dieser Reform, die schließlich auf ein siebenjähriges Seminar hinausläuft und den einseitigen Lehrstand nicht möglich machen würde, keinesfalls zufrieden sein, und auch die deutsche Lehrerschaft ist es nicht. Aber immerhin hatte er doch wohl den Willen, einen Anfang zu machen. Was haben wir nun von Herrn Dr. Boelzig zu erwarten?

Die Zeitungen, nicht nur der sozialistischen Parteien, haben, seitdem sein Name genannt wurde, an das von ihm auf dem ersten Preustentag der Deutschen Volkspartei am 9. Januar dieses Jahres gehaltenen Referat erinnert. Bedenkt man auch, daß man damals vor den Landtagswahlen stand und daß ein Politiker sich bemühtig fühlen konnte, Programme zum Fenster hinauszureden, so ist es doch kein Wunder, daß danach das demokratische „Berliner Tageblatt“ ihn unter der Ueberschrift: „Ein unmöglicher Kultusminister“ näher betrachtet. Er ist damals mit aller nur denkbaren Entschiedenheit dafür eingetreten, daß der „kommende Staat sich gründen“ muß „auf dem festen Fundament der Kaiseridee, die noch immer in den Herzen der Besten unseres Volkes schlummert“. Er meinte, „der Geist Potsdams muß und wird wiedertommen“ und „der vielgeschmähte Geist der preussischen Bureaucratie muß wieder hinein in unser Volk und unsere Jugend“. Dasselbe gelle für den preussischen Militarismus. Er hat sich gewehrt gegen die „Phrase der Revolution“ und gegen Berlin, das nicht durch ein Reichskultusministerium in Deutschland führend werden dürfe. Er hat den bayerischen Ordnungsstaat als Beispiel gepriesen und ein begeistertes Bekenntnis zu dem preussischen Separatismus abgelegt, der durch den Betrieb der brandenburgisch-preussischen Geschichte zu pflegen sei. Es versteht sich weiterhin, daß er, wie er bei der Besprechung des Reichsschutgesetzes im Landtag im letzten Juli auch ausgesprochen, Anhänger der konfessionellen Schule ist.

Dagegen halte man, daß wir Sozialdemokraten eintreten für Sozialismus, Demokratie und Republik, für den Reichsgedanken zur organisatorischen Vereinheitlichung auch unseres Schulwesens im ganzen Reich, für die weltliche und, wo diese nicht sofort zu erreichen ist, wenigstens für die Simultanerziehung, gegen den Ungeist von Potsdam, gegen die Verherrlichung der Hohenzollern.

Dagegen halte man ferner die Regierungserklärung, die — sicher mit der Billigung des Herrn Dr. Boelzig — von der Erziehung der Jugend zur Gemeinschaft und zu staatsbürgerlicher Betätigung, zum Geist der Verfassung und zur Demokratie spricht.

Man wird Mühe haben, diese Gegensätze zu vereinen. Da jedoch Dr. Boelzig den Posten des Kultusministers angenommen, da er in der Einführungsansprache im Ministerium erklärt hat, er würde im Sinne der großen Koalition arbeiten, so bleibt nur der Schluß übrig, daß er sich nun auch auf dem Boden der gegebenen Tatsachen stellen will, daß er in den letzten 3/4 Jahren gründlich umgelernt hat.

Nach den Taten, die er für die Republik vollbringen wird, wollen wir ihn beurteilen. Dann wollen wir seine Worte gern vergessen.





# Gewerkschaftsbewegung

## Die Billigung des Gasarbeiterstreiks.

Eine Versammlung der Funktionäre des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter, über deren Ergebnis wir bereits kurz berichteten, beschäftigte sich am Montagabend mit dem Streik der Gasarbeiter und den Verhandlungen mit dem Magistrat. Referent war Polenske. Der Redner kam zunächst auf die Gründe zurück, die zum Streik der Gasarbeiter geführt haben, streifte dann die Verhandlungen mit dem Magistrat, dessen Angebote er bekämpfte, und hob weiter hervor, daß von bestimmter Seite aus die Zerspaltung des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter geplant sei. Kommunistische und sozialistische Umtriebe haben den Zentral-Vetriebsrat veranlaßt, sein Amt niederzulegen, und es ist ein neuer mit 11 von 36 Stimmen gewählt worden. Die anderen Stimmzettel wurden weiß abgegeben. Die Betriebsräte haben Beschlüsse gefaßt, die weit über den Rahmen ihrer Befugnisse hinausgehen. Der Gewerkschaftskommission und dem Lohnkartell ist scharfster Kampf angefangen worden. Die Tätigkeit der Betriebsräte kann sich aber nicht auf die Regelung der Lohnverhältnisse erstrecken, das ist lediglich Aufgabe der Gewerkschaften. Ohne die Gewerkschaften kann eine Lohnbewegung nicht mit Erfolg geführt werden. Der Redner empfahl die Annahme folgender Resolution:

1. Die heute, am 14. November, in der „Königsbänke“ tagende Versammlung der Funktionäre des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes mißbilligt das Eingreifen des Zentralbetriebsrats in die schwebenden Tarifverhandlungen des Lohnkartells.
2. Die Versammlung lehnt weiterhin ab den Beschluß der Betriebsräteversammlung, die B.O. als Verhandlungs- und Tarifkontrahenten in das Lohnkartell aufzunehmen, sie verpflichtet das Lohnkartell, auch weiterhin nur im Rahmen der freien Gewerkschaften die Tarifverhandlungen zu führen.
3. Die Funktionäreversammlung spricht ferner ihr Bedauern aus über die in den letzten Tagen erfolgten Teiltaktionen. Sie erklärt, daß nur eine einheitliche, auf freigewerkschaftlichen Grundlagen organisierte Arbeiterschaft in der Lage ist, gewerkschaftliche Aktionen zu einem gezielten Ende zu führen.

Nach einer sehr langen, zeitweise sehr stürmischen Aussprache wurde der erste und dritte Teil dieser Resolution abgelehnt, der zweite angenommen.

## Krisenstimmung in der Metallindustrie.

Die fortschreitende Tenierung hat in der Arbeiterschaft eine lebhafteste Erregung hervorgerufen, die sich überall geltend macht in der Forderung nach Lohnerhöhungen und einmaligen Wirtschaftsbeteiligungen. Nach dem Beispiel der Berliner Gemeindegewerkschaft haben vor allen Dingen die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie betriebweise Forderungen eingereicht. Ueber die Bewegung in den Oeserwerken haben wir bereits berichtet. Am Sonntag beschloß eine Versammlung der Funktionäre der Arbeiter und Angestellten der N.W. Ober-Schönweide folgende sofort zahlbaren Wirtschaftsbeteiligungen zu fordern: für verheiratete Arbeiter 3000 M., für ledige 2800 M., für verheiratete Arbeiter 2000 M. und für ledige 1500 M. Diese Forderungen sind der Direktion am Montag unterbreitet worden und im selben Augenblick trat die Belegschaft in die passive Resistenz. Durch einen Anschlag des Verbandes der Berliner Metallindustriellen wurden die Arbeiter aufgefordert, bis 10 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls sie striktlos entlassen würden. In einer Betriebsversammlung wurde die Belegschaft durch den Organisationsvertreter auf die Fehler dieser Taktik aufmerksam gemacht. Aber trotzdem wurde ein Beschluß gefaßt, weiter in passiver Resistenz zu verharren. Die Folge davon ist, daß heute morgen der gesamte Betrieb der N.W. geschlossen wurde.

Auch bei Schwarzkopff wurden ähnliche Forderungen gestellt. Seit heute morgen befindet sich auch dort die Arbeiterschaft in passiver Resistenz.

Die Lohnverhandlungen für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sind am Sonnabend zum Abschluß gelangt. Die Unternehmer hatten sich geweigert, an den zentralen Verhandlungen für den gesamten deutschen Kohlenbergbau unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers teilzunehmen. Die Verhandlungen für Mitteldeutschland wurden hierauf gesondert geführt, und es wurden die Spitzelöhne um 22,50 M. je Schicht erhöht. Das Hausstands- und Kindergeld wurde auf 4,50 M. erhöht. Die erhöhten Löhne werden ab 1. November 1921 gezahlt, wenn eine entsprechende Kohlenpreiserhöhung ab 1. Dezember eintritt. Die seit 1. November abgetretenen Arbeiter erhalten die Nachzahlung nur dann, wenn sie ihre Ansprüche bis 30. November geltend machen.

Die Geschäftsstelle des Nfa-Bundes (Ortskartell Groß-Berlin) wird am 21. November d. J. von der Belle-Alliance-Str. 7/10 III nach Berlin N. 39, Reinickendorfer Straße 118, 2. Hof, II verlegt. Geschäftszeit und Sprechstunden wie bisher. Telefon: Noobit 4830 und 4831. Die Geschäftsstelle des Ortskartells bleibt am 18. und 19. November geschlossen.

Zentralverband der Angestellten. Donnerstag: Ehemalige Einnehmer der Mittelschule. Mittwoch: 7 Uhr. Gymnasiale. Sonntag: 17/18. — Rechtsanwalts-Bureau. Angestelltenversammlung 7 1/2 Uhr. im Schützeng. Neue Straße 34/35. — Textil-Verleibung. Weber. Fachgruppenversammlung 7 1/2 Uhr. Sophienstr. Sonntag: 17/18. — Donnerstag, den 17. November 1921: Funktionäre-Versammlung aller Fachgruppen, 7 Uhr. Neue Philharmonie. Köpenicker Str. 90/91.

Veranst. für den rehaft. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Kationen: Th. Bloch, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Druckerei Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 3.

# Galem Raucher!

Die Beibehaltung der alten, feinen Qualität macht nach Inkrafttreten der neuen Steuerätze folgende erhöhte Preisnotierungen leider unvermeidlich:

## Galem Meikum

## Galem Gold

No 40 rot, 50 grün, 60 orange, 80 gelb  
40 50 60 80 Pf. d. St.  
Cavalier 80 Pf. Cabinet M. 125 Pf. d. St.

Die Preiserhöhung ist so niedrig bemessen, daß sie nur einen Teil unserer Selbstmehrkosten deckt. Sie werden durch einen wirklichen Genuß für den Preiszuschlag entschädigt.

„Denizze“

## TYPOGRAPHIA

Am Totensonntag in der „Neuen Welt“

### FEST-KONZERT

Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt 5 M.

EINTRITTSKARTEN  
zu 4 M. bei Hornsch (Gewerkschaftshaus), G. Schule (Kottbuser Tor) und in den mit Plakats belegte Handlung.

Achtung, Sänger:  
Büding, vormittags 9 1/2 Uhr. Übungsstunden im „Klubhaus“, Ohmstraße 2

# Der deutsche Weinbrand

# EGON BRAUN AUSLESE

Weinbrennereien Hamburg

## Brillanten

Gold- und Silberbruch sind bei der heutigen Valuta große Werte!

Nur das reelle Juwelengeschäft, welches Selbstverbraucher ist, bietet Ihnen Gewähr für die bestmögliche Verwertung Ihres Schmuckes.

Otto Köppen, Juwelier,  
Große Frankfurter Straße 105,  
bis 7 Uhr. — Gegründet 1883.

## Zeitungspapier!

gebündelt, kg 1,70 M.  
Haus- und  
Lampfen-Naschen!  
Sobald Preise  
Neukölln, Weiler-  
straße 178  
Vingelstraße Rein Laden!  
Fernspr.: Neukölln 281.

## GOLD-SILBER-PLATIN

kauft zu höchsten Preisen  
Frelhoff Nachf.  
Marianenstr. 7a.

## Alt-Metalle

Suppler, Messing, Zinn, Zink, Blei, Nickel, Metallbruch kauft zu höchsten Preisen  
Metallbörse Sawallisch  
Putzuser Str. 38.

## Altmetalle

kauft zu höchsten Preisen  
Frelhoff Nachf.  
Marianenstr. 7a.

## Richard Lindner

BÜROBEDARF  
Buchbinderei  
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 36-37.  
Stempel — Patzschalle — Gravierungen  
Brief-Ordner — Durchschreibebücher, 30/15a

## Kreuz-, Silber-, Zohelfuchse

von 175 Mark an  
Pelzhaus Jägermann  
Oranienstraße, Ecke Prinzessinnenstraße 14, am Moritzplatz.

## Altmetalle

kauft zu hohen Preisen, da dring Bedarf  
Metallschmelze Mariannenstr. 12  
Edelmetalle ebenfalls höchstzahl.

## Altmetalle

Kupfer, Messing, Zinn, Zink usw. kauft zu Engpasspreisen (Spez. u. Silber), Inhabersuren u. Fabriken Gebr. Fuhrmann, Laden Hollendorferstr. 39  
9-7 Uhr.

## Beste Kapitalanlage

Parzellen, Gartenland bei den Bahnhöfen  
Marienfeld  
Niedwalde & Nitche  
Neue Rönigstr. 16, Tel. 3376

## Sieher. Kapitalanlage

bestes Gartenland bei den Bahnhöfen  
Marienfeld  
Niedwalde & Nitche  
Neue Rönigstr. 16 (Tel. 3376)

## Noch kaufen Sie preiswert!

# Oberleder und Unterleder

Lederhandlung  
Berthold Kutner  
Reichenberger Str. 14  
Von 1-3 geschl. (Kottbuser Tor)

## Kapitän-Kautabaf

einmal geprobt — immer geliebt. Feinst. Geschmack, sehr leicht. Zu faul, in d. Rührergeruch, also keine Bestaufgabe, nicht ein Generalvert. C. Röder, Berlin, Lichterberger Str. 22 (Rünigshof 1083)

## Haus Oranien

gewährt vermittelte Höhensonnen, Diathermie, Licht-, Vierzellenbäder usw. größte Heilerfolge gegen Erkältungskrankheiten, Grippe, Rheuma, Ischias, Lähmungen, Schreibkrampf, Schlaflosigkeit, Blutarmut, Nervenleiden u. a. 15 Behandlungen von M. 50.— an. — Prospekte und Auskünfte kostenlos.

## ELEKTROMEDIZINISCHE ANSTALT

und Höhensonnenbad ersten Ranges unter Leitung von Ärzten, auch einer Aerzlin  
**ORANIENSTR. 37.**

# Turmstr. 76 Lachmann & Scholz Ottostraße 1

WARENHAUS

## Die Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet

## Wäsche

Damen-Hemden Renforcé, mit bester Stickerei ... 78.00, 69.00 46.50  
Damen-Beinkleider ... 48.00, 28.50 24.50  
Damen-Untertaillen mit Stickerei ... 28.50, 22.75 16.50

## Kinder-Wäsche

Lätzchen mit Stickerei ... 8.75, 6.75 4.75  
Strickjäckchen ... 12.50, 9.75 6.75  
Windelhosen ... 32.00, 27.00 24.00

## Stickerei und Spitzen

# große Auswahl!

Man verlange Rabattmarken!

## Schürzen

Wiener Form reich garniert, mit Volant ... 49.75, 38.75 31.75  
Kinderhänger Leinen gestreift, m. bester Garnierung, Größe 45 23.50  
Kinderreformschürze Größe 60 ... 29.50